

# **Radikal-nationalistische Regierungspolitik –**

## **Die norwegische Fortschrittspartei**

*Prof. Dr. Sven Jochem*

*Universität Konstanz*

*E-Mail: sven.jochem@uni-konstanz.de*

*Zeichen inklusive Leerzeichen: 55.198*

*Datum: 15.03.2018*

*Eingereicht bei: Zeitschrift für Parlamentsfragen*

## Zusammenfassung

Radikal-nationalistische Parteien sind eine Herausforderung für den demokratischen und wohlfahrtsstaatlichen Status quo in Europa. Die Fallstudie zur norwegischen Fortschrittspartei zeigt, dass eine radikal-nationalistische Regierungspartei durchaus erfolgreich in der Lage sein kann, mit ihrer Programmatik den Status quo zu verschieben und andere (bürgerliche) Parteien programmatisch „anzustecken“. Allerdings wird auch deutlich, dass dieses Potenzial radikal-nationalistischen Regierens durch den Minderheitsparlamentarismus und die pivotale Position der Unterstützungsparteien beschränkt wird. Somit ist die Einschränkung radikal-nationalistischer Regierungsziele kaum einem erfahrungsgesättigten Lernprozess der Fortschrittspartei zuzuschreiben, sondern vielmehr den institutionellen und strategischen Anforderungen des Regierens im norwegischen Minderheitsparlamentarismus.

## Abstract

Radical right-wing parties challenge the democratic and welfare status quo in Europe. The case study focusing the Norwegian Progress Party shows that radical right-wing parties can successfully change the political status quo and programmatically influence other (bourgeois) parties. The potential for change, however, is restricted by the position and power of pivotal parties in minority parliamentarism. Therefore, the restriction of radical right-wing government in Norway is not a fact of political learning by the Progress Party but it is caused by institutional and strategic restrictions of government under minority parliamentarism.

Schlagwörter: Radikal-nationalistische Parteien, Rechtspopulismus, Norwegen, Fortschrittspartei, Minderheitsparlamentarismus, Wahlen, Reformen

Die norwegische Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet, FrP) ist ein Beleg dafür, dass radikal-nationalistische Parteien erfolgreich regieren können.<sup>1</sup> Nach ihrer ersten Amtsperiode als Juniorpartnerin einer konservativen Minderheitskoalition verteidigte sie bei der Reichstagswahl vom September 2017 mit nur geringen Verlusten ihren Wähleranteil. Seit der Regierungsbildung im Januar 2018 ist sie erneut in einer bürgerlichen Minderheitskoalition vertreten. Daher stellt sich die Frage, welche Politik die Fortschrittspartei umsetzen konnte, ob bzw. wie sie ihre programmatische Ausrichtung in der Regierungsverantwortung veränderte und auf welche Gründe dies zurückzuführen ist. In dieser kritischen Fallstudie sollen daher Möglichkeiten und Grenzen radikal-nationalistischen Regierens in der norwegischen Demokratie und im norwegischen Wohlfahrtsstaat analysiert werden.

Ich argumentiere, dass die Fortschrittspartei Norwegens in der nordischen Länderfamilie radikal-nationalistischer Parteien eine abweichende Position einnimmt. Sie ist in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen stärker einem libertären Politikmuster verpflichtet als ihre Schwesterparteien in Dänemark, Finnland oder Schweden. Die FrP setzte unter schwierigen Koalitions- und Mehrheitsbedingungen in den Bereichen der Sozial-, Migrations- und Asylpolitik deutliche Veränderungen durch. Die Konservative Partei (Høyre, H), aber auch die Unterstützungsparteien, die Liberale Partei (Venstre, V) sowie die Christdemokraten (Kristelig Folkeparti, KrF), haben einen solchen Politikwechsel in Grenzen mitgetragen. Vereinendes Ziel dieser Parteien ist es, eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten zu verhindern. Insgesamt belegt die norwegische Fallstudie die These, dass es nur eingeschränkt zu einer programmatischen Moderation und zu Lerneffekten radikal-nationalistischer Parteien in Regierungsverantwortung kommen muss. Im Gegenteil konnte die Fortschrittspartei strategisch geschickt ihre Rolle als Juniorpartnerin in der Minderheitskoalition ausspielen, war dabei jedoch abhängig von den Strategien der beiden Unterstützungsparteien, die als „pivotal parties“ wichtige Reformvorhaben der FrP im norwegischen Minderheitsparlamentarismus abmildern und blockieren konnten.

---

<sup>1</sup> Für vorzügliche Forschungsassistenz bedanke ich mich ganz herzlich bei Wiebke E. Volkhardt; Fehler und Ungenauigkeiten verbleiben selbstverständlich in der alleinigen Verantwortung des Autors. In diesem Beitrag vermeide ich den Begriff rechtspopulistischer Parteien und folge der Argumentation von *Jens Rydgren*, dass populistische Strategien nicht das zentrale Charakteristikum dieser Parteienfamilie darstellen. *Rydgren* plädiert für den Begriff ethnisch-nationaler „radical right-wing parties“. Im deutschen Sprachbereich plädiere ich für den Begriff radikal-nationalistische Parteien. Vgl. *Jens Rydgren*, *Radical right-wing parties in Europe. What's populism got to do with it?*, in: *Journal of Language and Politics*, 16. Jg. (2017), H. 4, S. 485-496. Vgl. ferner *Jan-Werner Müller*, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin 2016, *Dirk Jörke* und *Veith Selk*, *Theorien des Populismus. Zur Einführung*, Hamburg 2017 sowie die Beiträge in *Jens Rydgren* (Hg.), *The Oxford Handbook of the Radical Right*, Oxford 2018.

Im nächsten Abschnitt wird die einschlägige Literatur zu den Bedingungen und Konsequenzen radikal-nationalistischer Regierungsverantwortung erörtert. Die daraus ableitbaren Hypothesen bestimmen die analytischen Perspektiven für die kritische Fallstudie radikal-nationalistischer Regierungstätigkeit in Norwegen von der Regierungsbildung der konservativen Minderheitskoalition (blau-blaue Koalition) im Jahr 2013 bis zur erneuten Regierungsbildung im Januar 2018. Ein letzter Abschnitt fasst die Ergebnisse der Fallstudie zusammen und ordnet sie in die Literatur radikal-nationalistischer Parteien ein.

## 1 Radikal-nationalistische Regierungspolitik – Gründe und Konsequenzen

Analysen des radikalen Nationalismus sind eine Wachstumsindustrie der Sozialwissenschaften. Eine erste Gruppe dieser umfangreichen und rasch wachsenden Literatur versucht kategorisierend eine radikal-nationalistische Parteienfamilie von anderen Parteienfamilien zu differenzieren und durch Analysen von einschlägigen Wahlprogrammen oder öffentlichen Statements die Frage zu beantworten, was das Besondere an radikal-nationalistischen Parteien sein könnte.<sup>2</sup> In einer zweiten Gruppe der Literatur wird die demokratiethoretische Frage aufgegriffen, ob radikal-nationalistische Parteien als Gefahr für die Demokratie anzusehen sind – oder ob sie nicht vielmehr die Demokratie revitalisieren könnten.<sup>3</sup> Eine dritte Gruppe der Literatur versucht das unterschiedliche Ausmaß des Wahlerfolges radikal-nationalistischer Parteien vorwiegend durch vergleichende Studien zu erklären. Hier wird vor allem die Frage aufgeworfen, ob wir es mit einem (kurzfristigen) Wählerprotest zu tun haben, der sich bei einer veränderten Regierungspolitik oder neuem Regierungspersonal legen könnte, oder ob die aufkeimenden radikal-nationalistischen Parteien für ein Re-Alignment sprechen, also eine sich neu justierende Konfiguration von Konfliktlinien in den Parteiensystemen Europas (und weltweit).<sup>4</sup> Eine vierte Gruppe in der Literatur widmet sich schließlich den Konsequenzen radikal-nationalistischer Parteien. Einerseits werden programmatische Ansteckungseffekte für andere Parteien ins Visier

---

<sup>2</sup> Vgl. hierzu *Jens Rydgren, Jan-Werner Müller* sowie *Dirk Jörke und Veith Selk* a.a.O. (Fn. 1) sowie für die nordischen Parteiensysteme *Ann-Cathrine Jungar* und *Anders Ravik Jupskås*, *Populist Radical Right Parties in the Nordic Region: A New and Distinct Party Family?*, in: *Scandinavian Political Studies*, Jg. 37 (2014), H. 3, S. 215-238 sowie *Ann-Cathrine Jungar*, *Populism i Norden. Från marginalen mot den politiska mittfåran*, Helsingfors 2017.

<sup>3</sup> Vgl. neben *Jan-Werner Müller* sowie *Dirk Jörke und Veith Selk* a.a.O. (Fn. 1) *Cas Mudde*, *On Extremism and Democracy in Europe*, London and New York 2016.

<sup>4</sup> Vgl. *Catherine E. De Vries*, *The cosmopolitan-parochial divide: changing patterns of party and electoral competition in the Netherlands and beyond*, in: *Journal of European Public Policy*, 28. Jg. (2017), H. 6, S. 1-25, *Ronald Inglehart und Pippa Norris*, *Trump and the Populist Authoritarian Parties: The Silent Revolution in Reverse* (Herv. i.O.), in: *Perspectives on Politics*, 15. Jg. (2017), H. 2, S. 443-454.

genommen.<sup>5</sup> Andererseits widmet sich diese Literatur der Frage, was rechtspopulistische Parteien bewirken, wenn sie regieren – oder als Mehrheitsbeschafferin für Minderheitsregierungen direkten Einfluss auf die Regierungstätigkeit ausüben können, wie die Dänische Volkspartei über lange Zeit seit Beginn der Nuller Jahre. Die Literatur zur Regierungsperformanz radikal-nationalistischer Parteien ist überschaubar, was auch darauf zurückgeführt werden kann, dass diese Parteien bislang vorwiegend in der Opposition auf die Programmatik der anderen (regierenden) Parteien ausstrahlen konnten. Mit der zunehmenden Regierungsbeteiligung von radikal-nationalistischen Parteien drängt sich allerdings die empirische Erforschung konkreter Policy-Profile dieser Parteienfamilie auf.

In der Literatur zu den Policy-Profilen radikal-nationalistischen Regierens lassen sich zwei Thesen ausmachen: Einige Studien präsentieren Befunde, dass radikal-nationalistische Parteien in Regierungsverantwortung gezähmt werden würden. Eine Regierungstätigkeit, vor allem in einer Koalitionsregierung, würde diese Parteien zwingen, die Realitäten des vor allem in Europa verflochtenen und entgrenzten Regierens anzuerkennen – was zu einer Moderation ihrer radikalen programmatischen Ziele führen und in der Konsequenz zu einer Erosion bei den Wahlen führen würde.<sup>6</sup> Die andere These attestiert zwar durchaus eine moderate Entradikalisierung dieser Parteienfamilie in Regierungsverantwortung. Gleichwohl argumentiert sie, dass es zu inhaltlichen Veränderungen mit großen Konsequenzen und zu Ansteckungseffekten auf die anderen bürgerlichen (und sozialdemokratischen) Parteien kommen könne. Diese Parteien würden aber nicht nur Positionen der radikal-nationalistischen Parteien übernehmen, sie wären auch – aus empirisch kontingenten Gründen – bereit, einen radikal-nationalistischen Politikwandel mitzutragen, der vor allem im Bereich Asyl und Migration, aber auch in der wohlfahrtsstaatlichen Politik ein chauvinistisches Politikprofil zur Folge habe.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. *Gijs Schumacher* und *Kees van Kersbergen*, Do mainstream parties adapt to the welfare chauvinism of populist parties?, in: *Party Politics* 22. Jg. (2014), H. 3, S. 300-312; *Anna-Sophie Heinze*, Strategies of mainstream parties towards their right-wing populist challengers: Denmark, Norway, Sweden and Finland in comparison, in: *West European Politics*, 41. Jg. (2017), H. 2, S. 287-309.

<sup>6</sup> Vgl. *Michael Minkenberg*, The Radical Right in Public Office: Agenda-Setting and Policy Effects, in: *West European Politics*, Jg. 24 (2001), H. 4, S. 1-21; *Tjitske Akkerman*, Comparing Radical Right Parties in Government: Immigration and Integration Policies in Nine Countries, in: *West European Politics*, Jg. 35 (2012), H. 3, S. 511-529. Für diese Logik steht z.B. auch die Spaltung der Wahren Finnen in Regierungsverantwortung, vgl. *Sven Jochem*, Radikal-Nationalismus, Integration und Migrationspolitik. Die offenen Volksheime unter Druck, in: *Heinz Ulrich Brinkmann* und *Isabell-Christine Panreck* (Hg.), *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration in westlichen Industriegesellschaften*, Wiesbaden 2018 (i.E.).

<sup>7</sup> Vor allem der Einfluss der Dänischen Volkspartei auf die dänische Regierungspolitik wird mit dem Begriff des Wohlfahrts-Chauvinismus umschrieben. Hierbei komme es zu einer Dualisierung sozialpolitischer Programme

Diese widersprüchlichen Hypothesen lassen sich vorzüglich an einem Land des sozialdemokratisch-nordischen Wohlfahrts- und Demokratiemodells überprüfen und explizieren. Die nordischen Wohlfahrtsstaaten werden aufgrund ihrer universalistischen Ausrichtung als die Demokratien angesehen, die einer radikal-nationalistischen Politik am ehesten widerstehen könnten. Universalistische Programme – im Zusammenspiel mit einer freizügigen Einbürgerungspolitik des Nordens – könnten radikal-nationalistische Regierungen mit ihrer chauvinistischen Reformstrategie in den Bereichen Soziales und Integration entscheidend erschweren.<sup>8</sup> Zudem seien die sozialdemokratischen Parteien des Nordens immer noch die stärksten ihrer Parteienfamilie in Europa. Diesen könnte es weiterhin gelingen, auch in Zeiten radikal-nationalistischer Ressentiments große Teile der Arbeitnehmer zu repräsentieren und den universalistischen Wohlfahrtsstaat zu verteidigen. Letztlich würde noch die konsensuale Ausrichtung der nordischen Demokratien, oft noch unter den Bedingungen von Minderheitsregierungen verstärkt, dafür sorgen, dass sich die etablierten Parteien gegen eine solche Mobilisierung am rechten Rand des Parteienspektrums zusammenschließen könnten.<sup>9</sup> Kurzum: die norwegische Fortschrittspartei in Regierungsverantwortung eignet sich aufgrund dieser Hypothesen zum Regierungsprofil radikal-nationalistischer Parteien als kritische Fallstudie vorzüglich.

Der norwegische Fall ist letztlich auch aus einem anderen Grund von Interesse: durch die Attentate von Anders Behring Breivik am 22. Juli 2011 in Oslo und Utøya könnte eine radikal-nationalistische Mobilisierung in Verruf gelangt sein. Anders Behring Breivik war für einige Jahre Mitglied in der Jugendorganisation der Fortschrittspartei.<sup>10</sup> Ob und inwiefern

---

nach ethnischen Kriterien bzw. nach dem Kriterium der Staatsbürgerschaft, vgl. *Matti Aalstalo, Sven E.O. Hort und Stein Kuhnle*, The Nordic Model: Conditions, Origins, Outcomes, Lessons, Hertie School of Governance Working Papers No. 41, June 2009, *Ann-Helèn Bay, Henning Finseraas und Axel West Pedersen*, Welfare Dualism in Two Scandinavian Welfare States: Public Opinion and Party Politics, in: *West European Politics*, 36. Jg. (2013), H. 1, S. 199-220; *Gijs Schumacher und Kees van Kersbergen* a.a.O (Fn. 5).

<sup>8</sup> So lautet zumindest die noch weiter zu prüfende These von *Jeroen Van Der Waal, Willem De Koster und Wim Van Oorschot*, Three Worlds of Welfare Chauvinism? How Welfare Regimes Affect Support for Distributing Welfare to Immigrants in Europe, in: *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice*, 15. Jg, H. 2, S. 164-181.

<sup>9</sup> Vgl. zu den nordischen Demokratien: *Sven Jochem*, Die nordischen Demokratien, in: *Bernd Henningsen, Sven Jochem und Siegfried Frech* (Hg.), Das politische Skandinavien. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur, Schwalbach/Ts. 2015, S. 63-82 sowie *Sven Jochem*, Sinn und Unsinn von Minderheitsregierungen. Was können wir vom Norden lernen?, in: *Portal für Politikwissenschaft*, 15. Januar 2018 (<https://www.pw-portal.de/meta-ticker-bundestagswahl-2017/40618-sinn-und-unsinn-von-minderheitsregierungen-was-koennen-wir-vom-norden-lernen>).

<sup>10</sup> Vgl. *Dag Wollebæk, Bernard Enjolras, Kari Steen-Johnsen, Guro Ødegård*, After Utøya: How a High-Trust Society Reacts to Terror – Trust and Civic Engagement in the Aftermath of July 22, in: *Political Science and Politics*, 45. Jg., H. 1, S. 32-37 sowie allgemein *Leonard Weinberg und Elioth Assoudeh*, Political Violence and the Radical Right, in: *Jens Rydgren* a.a.O. (Fn. 1), S. 412-429.

dieses einzigartige Ereignis auf die Mobilisierungsfähigkeit der Fortschrittspartei ausstrahlte, soll daher im Folgenden ebenfalls mit analysiert werden.

## 2 Die norwegische Fortschrittspartei – Programmatik, Regierungstätigkeit und Wahlerfolge

Die norwegische Fortschrittspartei ist eine der ältesten radikal-nationalistischen Parteien Europas aus der zweiten Mobilisierungsphase seit den 1970er Jahren.<sup>11</sup> Ihr ursprünglicher Name „*Anders Langes parti til sterk nedsettelse av skatter, avgifter og offentlige inngrep*“ (*Anders Langes Partei für eine starke Rückführung der Steuern, Abgaben und öffentlichen Eingriffe*) legt Zeugnis darüber ab, dass die Partei in ihrer frühen Phase von einer charismatischen Führungspersonlichkeit geprägt wurde, die strikt libertäre Ziele einer Zurückdrängung des Staates in Norwegen verfolgte, also den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat ins Zentrum ihrer Mobilisierung stellte.

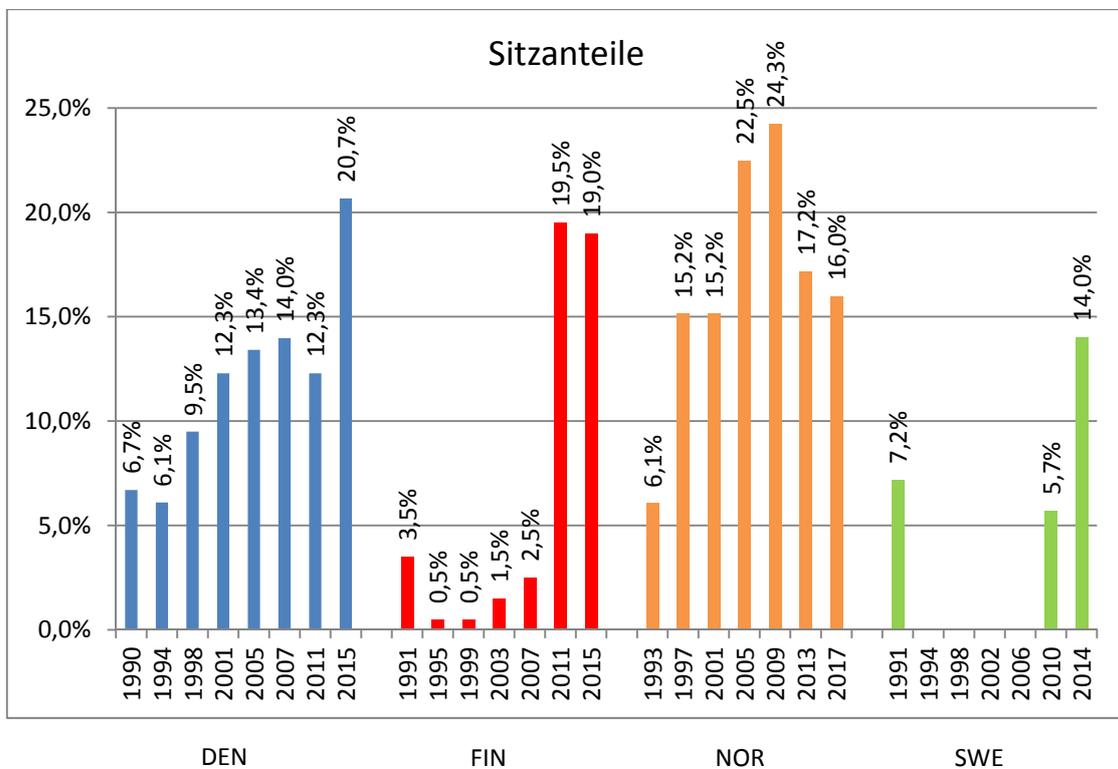
Im Gegensatz zur dänischen Fortschrittspartei konnte sich die norwegische Fortschrittspartei rasch organisatorisch und in der Wählergunst konsolidieren. Allerdings blieb der Wahlerfolg der Partei überschaubar. Nach dem Tod des Parteigründers 1974 übernahm *Carl I. Hagen* die Parteiführung. Mit der Umbenennung in Fortschrittspartei nach dänischem Vorbild (1977) kam es Mitte der 1980er Jahre zu ersten nennenswerten Erfolgen an den Wahlurnen. Dies trifft mit der Zeit zusammen, in der die Partei erstmals das Migrationsthema offensiv besetzte. Die Anhängerschaft der FrP war allerdings in Fragen der Ökonomie, der EU-Mitgliedschaft oder auch zur Rolle der norwegischen Staatskirche gespalten.<sup>12</sup> Erste nennenswerte Wahlerfolge konnte die FrP in den 1990er Jahren erzielen. Sie wurde dann rasch zur erfolgreichsten radikal-nationalistischen Partei Nordeuropas, errang seit 1997 stets über 15 Prozent der Parlamentssitze und war von 1997 bis 2001 sowie von 2005 bis 2013 stärkste Partei im bürgerlichen Lager (vgl. Abbildung 1).

---

<sup>11</sup> Vgl. zur Phasenaufteilung radikal-nationalistischer Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg *Klaus von Beyme*, Right-Wing Extremism in Post-War Europe, in: *West European Politics* 11. Jg. (1988), H. 2, S. 1-18.

<sup>12</sup> Vgl. hierzu sowie insgesamt das Standardwerk zur Fortschrittspartei von *Anders Ravik Jupskås*, Persistence of Populism. The Norwegian Progress Party 1973-2009, Oslo 2015.

Abbildung 1: Sitzanteile radikal-nationalistischer Parteien in Nordeuropa, 1990-2017



Anmerkungen: Es werden die prozentualen Sitzanteile für radikal-nationalistische Parteien in den nationalen Parlamenten aufgeführt. In Dänemark spiegeln 1998 sowie 2001 die Daten für die dänische Fortschrittspartei und die Dänische Volkspartei wider; danach beziehen sich die Werte nur auf die Dänische Volkspartei. In Schweden spiegeln die Werte in 1991 die Ergebnisse für NyDemokrati wider, danach die Werte für die Schwedendemokraten.

Quellen: Zusammenstellung und Berechnung auf der Basis von [www.parties-and-elections.eu](http://www.parties-and-elections.eu).

Dabei führte in Norwegen die heftig diskutierte EU-Frage zur organisatorischen Spaltung der Partei im Jahr 1994, als ein Großteil der Jugendorganisation und der „liberale“ pro-europäische Flügel um die stellvertretende Parteivorsitzende *Ellen Wibe* die Partei verließen. Trotzdem konnte sich die EU-kritische Fortschrittspartei an den Wahlen behaupten. Die Partei forcierte seither ihre Kritik an der europäischen Integration, sie forcierte die

Migrationsfrage in der Öffentlichkeit und profilierte sich als liberale Partei in Wirtschaftsfragen. Damit konnte sie Wähler von der Konservativen Partei sowie der Arbeiterpartei anziehen, die vorwiegend jung, männlich, der Migration gegenüber skeptisch und in wirtschaftlichen Fragen eher liberal eingestellt sind.<sup>13</sup> Dieser programmatische Mix und vor allem die Fokussierung auf Migration und kulturelle Identität ermöglichte die Wahlerfolge und führte dazu, dass die Partei vom geographischen Zentrum in die Peripherie wanderte, also von den Städten hin zu den ländlichen Regionen Norwegens.<sup>14</sup>

Seit 2006 leitet Siv Jensen die Fortschrittspartei. Unter ihrem Vorsitz veränderte sich das Auftreten der Partei in der Öffentlichkeit. Harsche Kritiken am norwegischen Wohlfahrtsstaat wichen mehr und mehr Verbesserungsvorschlägen, die vor allem in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Rente angesiedelt waren. Zudem wurde die innere und äußere Sicherheit zentrales Thema der Partei. Die Parteiführung ging rigoros mit Ausschlussverfahren gegen Mitglieder vor, die rechtsextreme Meinungen in der Öffentlichkeit vertraten.<sup>15</sup> Insgesamt kam es unter Siv Jensen zu einer organisatorischen Straffung und einer thematischen Ausweitung der Partei. Obwohl die FrP sich mit der Wahl 2013 nicht als stärkste bürgerliche Partei behaupten konnte, zog sie als Juniorpartnerin in die erste blau-blaue Minderheitsregierung unter Führung der konservativen Ministerpräsidentin Erna Solberg ein.<sup>16</sup>

Dieser Erfolg der Fortschrittspartei wurde auch nicht durch die verheerenden Attentate von Anders Behring Breivik im Sommer 2011 verhindert. Obwohl Breivik ein ehemaliges Mitglied der fortschrittsparteilichen Jugendorganisation war, konnte die Parteiführung eine Verantwortung von sich weisen. Unmittelbar nach dem Attentat forcierte die von der Arbeiterpartei geführte Regierung Stoltenberg die Überzeugung für eine pluralistische und offene Demokratie. Mit dem Bekanntwerden der Fehler von Polizei und Sicherheitskräften geriet die Regierung zusehends in die Defensive. Die Fortschrittspartei konnte ihre Position in den Meinungsumfragen rasch stabilisieren, allerdings nicht wieder auf Werte über 20

---

<sup>13</sup> Vgl. Anders Ravik Jupskås a.a.O. (Fn. 12), sowie Ann-Catherine Jungar a.a.O. (Fn. 2).

<sup>14</sup> Vgl. Anders Ravik Jupskås a.a.O. (Fn.12) sowie Elisabeth Ivarsflaten und Anders Ravik Jupskås, Norway. Populism From Anti-Tax Movement to Government Party, in: Toril Aalberg, Frank Esser, Carsten Reinemann, Jesper Strömbäck und Claes H. De Vreese (Hg.), Populist Political Communication in Europe, New York 2016, S. 54-67.

<sup>15</sup> Vgl. die Auflistung von organisatorischen Maßnahmen sowie von Parteiausschlüssen in Jupskås a.a.O. (Fn. 12), S. 90-101.

<sup>16</sup> Vgl. Anders Ravik Jupskås a.a.O. (Fn. 12), hier insb. S. 23-31 sowie Johannes Bergh und Rune Karlsen, Norway, in: European Journal of Political Research Political Data Yearbook, 53. Jg. (2014), S. 242-249.

Prozent.<sup>17</sup> Dass Anders Behring Breivik Mitglied in der Fortschrittspartei war, wurde weder im Wahlkampf 2013 noch danach in der Öffentlichkeit von politischen Konkurrenten thematisiert.

## 2.1 Die Programmatik der Fortschrittspartei

Die Fortschrittspartei wird in der Literatur der Familie der radikal-nationalistischen Parteien zugeordnet,<sup>18</sup> obwohl sich die Parteiführung dieser Einteilung widersetzt. Im Bereich der internationalen Zusammenarbeit sucht die FrP eher den Schulterschluss mit der Konservativen Partei Großbritanniens, weniger mit den radikal-nationalistischen Schwesternparteien des Nordens. Die programmatische Verortung der nordischen Parteien in Abbildung 2 anhand der Daten des Chapel Hill Experten-Surveys 2014 zeigen, dass die Fortschrittspartei (FrP) in ökonomischer Hinsicht deutlich libertärer eingestellt ist als die radikal-nationalistischen Schwesterparteien des Nordens: die Dänische Volkspartei (DF), die Wahren Finnen (PS) oder die Schwedendemokraten (SD). Auf der autoritär-liberalen programmatischen Achse, bei der Positionen der Sicherheit und Ordnung oder auch der kulturellen bzw. sexuellen Selbstbestimmung abgefragt werden, kann die Partei aber eindeutig dem autoritären Pol – wie die anderen radikal-nationalistischen Parteien des Nordens zusammen mit einigen christdemokratischen Parteien – zugewiesen werden. Insofern lässt sich die programmatische Zuordnung der FrP zu den radikal-nationalistischen Parteien gut begründen, wenngleich nicht ausgeblendet werden sollte, dass die FrP in ökonomischen Fragen deutlich libertärer aufgestellt ist als ihre radikal-nationalistischen Schwesternparteien im Norden.

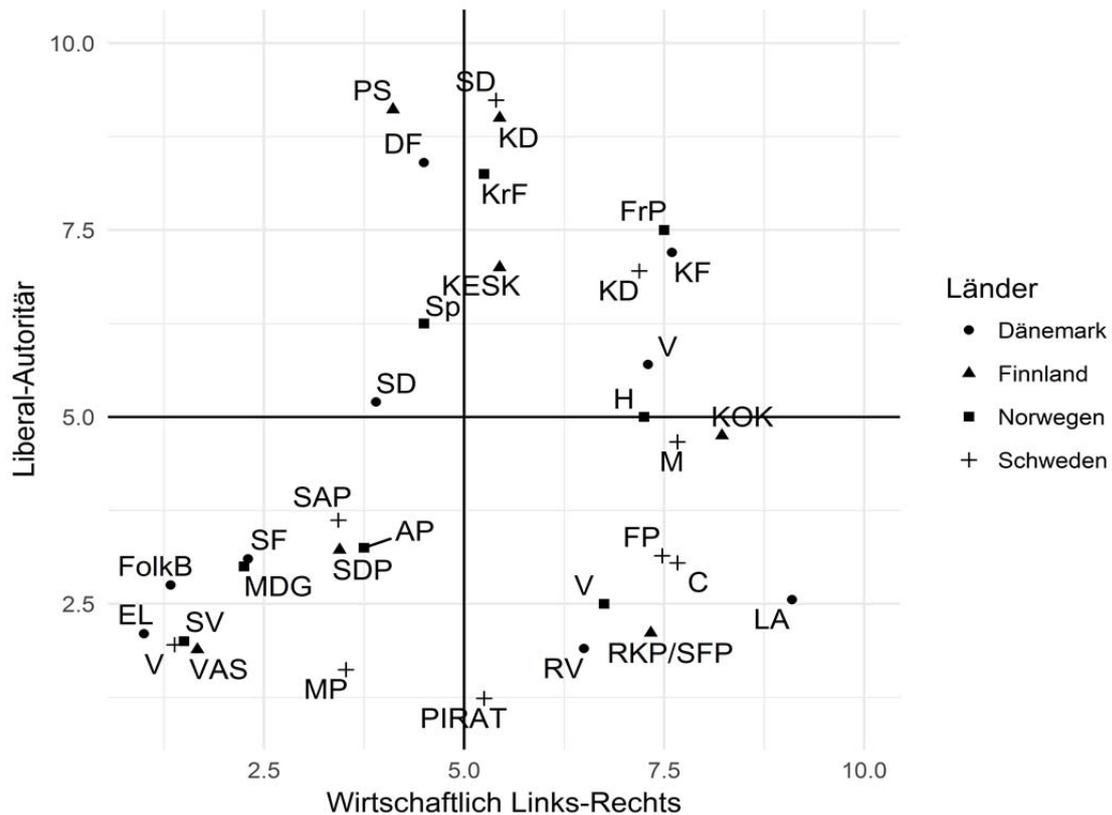
---

<sup>17</sup> Vgl. die Auflistung der Umfrageergebnisse unter:

<http://www.pollofpolls.no/?cmd=Stortinget&do=vispopalle&dato=2012-12-23>, Zugriff 20. Februar 2018.

<sup>18</sup> Vgl. *Ann-Catherine Jungar* und *Anders Ravik Jupskås* a.a.O (Fn.2) *Anders Ravik Jupskås* a.a.O. (Fn. 12) oder *Ann-Catherine Jungar* a.a.O. (Fn. 2).

Abbildung 2: Programmatisches Profil der Fortschrittspartei (FrP) im nordischen Vergleich, 2014



Anmerkungen: Daten des Chapel Hill Expert Surveys aus dem Jahr 2014. Während in der ökonomischen Dimension klassische Fragen der Arbeitsverschränkung von Markt und Staat abgefragt werden, beziehen sich die Fragen für die liberal-autoritäre Achse vor allem auf kulturelle Fragen der Selbstbestimmung oder der Einschätzung von Tradition, Ordnung sowie Stabilität. Die Einstufung der Positionen basiert für Dänemark auf 11 Expertenmeinungen, für Finnland auf 10, für Schweden auf 22 und für Norwegen auf lediglich 4 Expertenmeinungen.

Quelle: Chapel Hill Expert Survey, 2014 (<https://www.chesdata.eu/our-surveys>).

Die Wählerschaft der radikal-nationalistischen Parteien im Norden im Allgemeinen und der Fortschrittspartei im Besonderen ist klar ausweisbar. Vorwiegend Männer mit geringerem Bildungsniveau wählen diese Parteien. Sie sind zum mehrheitlichen Teil im privaten Sektor beschäftigt und haben ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als die Wähler anderer Parteien. Für die Wählerschaft sind insbesondere kulturelle Faktoren gemeinschaftlicher und ethnischer Selbstbestimmung sowie Identität für die Wahlentscheidung ausschlaggebend. Aus diesem Grund ist für diese Wählerschicht die Frage der Migration und des Asyls von besonderer Bedeutung. Es ist zudem nachweisbar, dass die Fortschrittspartei Ende der 1990er Jahre verstärkt Arbeitnehmer für sich mobilisieren konnte. Zumindest seit diesem Zeitraum stieg die Unterstützung der Gewerkschaftsmitglieder, die zu mindestens 60 Prozent weiterhin die Arbeiterpartei wählen, mit über 10 Prozent Unterstützung für die Fortschrittspartei deutlich an. Damit rekrutiert die Fortschrittspartei mehr Wählerstimmen aus dem Gewerkschaftslager als die linkssozialistische Partei Norwegens.<sup>19</sup>

## 2.2 Regierungsperformanz der Fortschrittspartei

Die blau-blaue Minderheitskoalition unter Führung der konservativen Premierministerin Erna Solberg wurde von Beginn an als schwache Minderheitskoalition eingeschätzt. Zum einen wurde bezweifelt, ob die Fortschrittspartei aus ihrer Oppositionsrolle heraus kommend in der Lage sei, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Zum anderen wurde als fraglich angesehen, ob die beiden Unterstützungsparteien (Christdemokraten und Liberale Partei) eine radikal-nationalistische Politik mittragen oder zum rot-grünen Parteien-Block umschwenken würden. Tatsächlich wurde rasch deutlich, dass die Kooperation zwischen Konservativer Partei und Fortschrittspartei einerseits sowie zwischen Regierungsparteien und Unterstützungsparteien andererseits keineswegs reibungslos verlief; die Regierungszweit von 2013 bis 2017 zeichnete sich durch intensive und zum Teil konfliktbeladene Verhandlungen zwischen diesen vier Parteien aus, die bis an die Grenze des Scheiterns der blau-blauen Koalition reichten.

Die erste Niederlage für die Ministerpräsidentin Erna Solberg lag darin, dass sie keine Mehrheitsregierung aus allen vier bürgerlichen Parteien bilden konnte. Das bürgerliche Lager bestritt den Wahlkampf 2013 ohne gemeinsame Wahlkampfplattform, und es wurde im

---

<sup>19</sup> Vgl. *Ann-Cathrine Jungar* a.a.O (Fn. 2) sowie die Daten des norwegischen Wahlforschers *Bernt Aardal* (<http://aardal.info/wp-content/uploads/2018/01/LO.pdf>, 22. Februar 2018).

Wahlkampf sowohl von den Christdemokraten als auch von der Liberalen Partei (Venstre) deutlich gemacht, dass sie nicht einer Koalition mit der Fortschrittspartei angehören wollen. Gleichwohl war es die feste Intention von Erna Solberg, eine bürgerliche Mehrheitskoalition zu schmieden. Nach langen Verhandlungen war es nicht mehr als ein Teilerfolg für die Ministerpräsidentin, dass sie ein gemeinsames Dokument aushandeln konnte, in dem die Ziele und vor allem die Regeln des gegenseitigen Umgangs für die Legislaturperiode festgeschrieben wurden.<sup>20</sup>

Die Fortschrittspartei konnte wichtige Schaltstellen der blau-blauen Koalition besetzen. Die Parteivorsitzende der FrP, Siv Jensen, wurde Finanzministerin; insgesamt erhielt die Partei sieben von 18 Ministerien. Mit der Kabinettsumbildung im Dezember 2015 wurde die Anzahl der Ministerien auf 19 erhöht. Sylvi Listhaug, die profilierte Landwirtschaftsministerin der FrP, übernahm das neu geschaffene Ministerium für Immigration und Integration, das sie öffentlichkeitswirksam für die FrP aufbaute. Zur Mitte der Legislaturperiode konnte die Fortschrittspartei ihre exekutiven und administrativen Positionen in der blau-blauen Minderheitskoalition also eher noch ausbauen.

Der Regierungsauftritt der blau-blauen Minderheitskoalition verlief unter kritischer öffentlicher Beobachtung. Zwar konnte die Koalition im ersten Teil des Jahres 2014 noch erfolgreich eine Übereinkunft mit ersten Einschränkungen der Asyl- und Migrationspolitik erreichen. In anderen öffentlichkeitswirksamen Bereichen offenbarten sich aber die programmatischen Gräben zwischen blau-blauer Koalition und den Unterstützungsparteien. So weigerte sich zum Beispiel die Regierung, den Dalai Lama öffentlich zu empfangen, während Vertreter der Unterstützungsparteien ihre Treffen mit dem Dalai Lama medienwirksam inszenierten. Die Christdemokraten drängten vehement auf eine Einschränkung des Abtreibungsrechts, was innerhalb der Koalition und in der Öffentlichkeit allerdings auf breite Ablehnung stieß. Die programmatischen Differenzen im bürgerlichen Lager wurden rasch offensichtlich.

Als die Koalition sich im Herbst 2014 nur unter großen Mühen auf einen Haushalt einigen konnte, verfestigte sich in der Öffentlichkeit die Wahrnehmung einer schwachen Regierung, die von der Gnade der Unterstützungsparteien abhängt. Als Konsequenz schlug sich dieser Eindruck auch in den Regional- und Kommunalwahlen im Jahr 2015 nieder. Obwohl die FrP vor dem Hintergrund der damals einsetzenden Flüchtlingskrise ihr zentrales Thema der

---

<sup>20</sup> Das Abkommen ist abrufbar unter: [http://static.tv2.no/s/files/2017/06/02/Samarbeidsavtale\\_2013-2017.pdf](http://static.tv2.no/s/files/2017/06/02/Samarbeidsavtale_2013-2017.pdf) (Zugriff 10. Januar 2018).

Migrationspolitik intensiv in der Öffentlichkeit bearbeiten konnte, erreichte sie hochgerechnet auf das gesamte Land nur 10 Prozent der Stimmen und damit ihr schlechtestes Ergebnis seit 1991 bei Regional- und Kommunalwahlen.<sup>21</sup> Bei den Haushaltsverhandlungen für 2016 stand die Koalition schließlich vor ihrem Ende, da die Fortschrittspartei vehement eine Absenkung der Steuern auf Benzin und Personenkraftwagen einforderte, dies aber am Widerstand der liberalen und christdemokratischen Unterstützungsparteien sowie der Konservativen Partei scheiterte.

Die Fortschrittspartei konnte sich zudem mit vielen kleinen – aber in der Öffentlichkeit lebhaft diskutierten – Reformzielen nicht durchsetzen. Die beabsichtigten Lockerungen bei den Ladenöffnungszeiten konnten ebenso nicht erreicht werden wie die Liberalisierung des Alkoholverkaufs oder ein unbeschränkter Einsatz von Glücksspielautomaten. Auch das Verbot des professionellen Pokerspielens konnte nicht gänzlich abgeschafft werden. Lediglich das Verbot von Segways und Motorschlitten entfiel auf Drängen der Fortschrittspartei gänzlich, was aber eher triviale Reformfolge darstellten.<sup>22</sup>

Ein großes Ziel der blau-blauen Koalition war die Reform der Kommunalverfassung. Die Regierung wollte die Kommunen vergrößern, um damit ihre finanzielle Belastbarkeit zu verbessern. Gegen den Widerstand vieler Kommunen – und nach zahlreichen Referenden auf kommunaler Ebene – konnte diese Reform erst dann erfolgreich vorangebracht werden, als die Finanzministerin Siv Jensen (FrP) die Finanzierungsmodalitäten für die Kommunen so veränderte, dass kleine Kommunen finanziell schlechter gestellt und damit im Kampf um Finanzmittel benachteiligt werden. Bis ins Jahr 2017 verringerte sich die Anzahl der Kommunen von 428 auf 355; 11 Kommunen wurden per nationalem Gesetz gegen ihren Widerstand fusioniert.<sup>23</sup> Die Zentrumspartei kritisierte diese Reform als staatliche Zentralisierung und setzte sich vehement für die Rechte der Kommunen und Regionen in ihrer Eigenständigkeit ein – was 2017 an den Wahlen belohnt wurde.

In der Haushalts- und Asyl- bzw. Migrationspolitik musste die Regierung zwei fulminante Krisen managen, und hier konnte die Fortschrittspartei ihre politischen Ziele besser und öffentlichkeitswirksamer durchsetzen. Zum einen führte der Fall der Erdölpreise zu einer ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Krise. Zum anderen erreichte die europäische

---

<sup>21</sup> Johannes Bergh und Rune Karlsen, Norway, in: European Journal of Political Research Political Data Yearbook, 55. Jg. (2016), S. 199-203.

<sup>22</sup> Cathrine Eide, Dette er regjeringens største skuffelser og triumfer, TV 2 v. 4.6.2017 (<https://www.tv2.no/a/9166355/>; Zugriff 16.01.2018).

<sup>23</sup> Vgl. Cathrine Eide a.a.O. (Fn. 22).

Flüchtlingskrise auch Norwegen. In beiden Politikfeldern zeigte sich die programmatische Flexibilität der Partei und der Wille der Parteilite, vom „issue-seeking“ der Oppositionszeit rasch und programmatisch flexibel zum „office-seeking“ umzuschwenken.

Unmittelbar nach Regierungsantritt traf der international rückläufige Preis für Erdöl und Erdgas die norwegische Ökonomie; und das Land rutschte in eine Rezession. Die für die norwegische Wirtschaft so bedeutsame Erdöl- und Erdgasindustrie musste ca. 50.000 Stellen streichen. Die offene Arbeitslosigkeit stieg von 3,4 Prozent im September 2013 auf – für norwegische Verhältnisse ungewohnt hohe – 4,9 Prozent im Sommer 2016. Erst danach sanken die Zahlen wieder kontinuierlich auf 4 Prozent im Frühjahr 2018 ab. Die Parteivorsitzende der FrP und Finanzministerin Siv Jensen hingegen „machte während der Ölpreiskrise gute Figur“.<sup>24</sup>

Die Fortschrittspartei verfolgte bereits in der Opposition das Ziel, den Wohlstand des norwegischen Erdölfonds stärker für wohlfahrtsstaatliche Ziele abzuschöpfen. Allerdings konnte sie sich mit diesem Ansinnen nicht gegen die Konservative Partei durchsetzen. Mit der Erdölpreiskrise allerdings profilierten sich die FrP und die Finanzministerin Siv Jensen, indem sie mehr Kapital aus dem Fonds in den Landeshaushalt abzweigten und so eine expansive Fiskal- und Haushaltspolitik ermöglichten.<sup>25</sup> Damit verfolgte die konservativ-radikal-nationalistische Koalition eine klassisch kontrazyklische (keynesianische) Haushalts- und Beschäftigungspolitik, die auf keinen Widerstand der Opposition stieß. Diese kontrazyklische Politik mehrte nicht nur die öffentliche Anerkennung von Siv Jensen als krisenerprobte Finanzministerin. Sie trug zu einem großen Teil auch zur Wiederwahl der blau-blauen Minderheitskoalition im Jahr 2017 bei.<sup>26</sup> Die ökonomischen Rahmendaten hellten sich zusehends auf und die Zukunftserwartungen der Bevölkerung wurden im Laufe der expansiven Haushalts- und Finanzpolitik seit Herbst 2015 immer optimistischer – im gleichen Maße sanken spiegelbildlich die Umfragewerte für die Arbeiterpartei.<sup>27</sup> Die Fortschrittspartei aber setzte einen Tabu-Bruch durch – die zeitlich befristete erhöhte Verwendung von Mitteln

---

<sup>24</sup> Vgl. *Rudolf Hermann*, Norwegens Krisenmanagerin gewinnt die Parlamentswahl, in: NZZ vom 12.9.2017.

<sup>25</sup> Bis zum Frühjahr 2017 konnte die norwegische Regierung 4 Prozent aus dem Vermögen des Erdölfonds in den staatlichen Haushalt überführen. Hierfür war die Überlegung maßgebend, dass eine durchschnittliche Rendite im Fonds von ca. 4 Prozent erwirtschaftet werde, mit den Vermögensentnahmen der Vermögensbestand also konstant gehalten werde. Seit Sommer 2017 ist diese Grenze auf 3 Prozent abgesenkt worden. Vgl. *Ingrid Meissl*, Norwegens Regierung greift ins Sparschwein, das für die Pensionen der Kinder reserviert ist, in: NZZ vom 28. Februar 2017.

<sup>26</sup> *Anne-Barbara Luft*, Geld aus Ölfonds sichert Norwegens Ministerpräsidentin die Wiederwahl, in: NZZ vom 13. September 2017.

<sup>27</sup> *Geir Ramneffjell*, Her er grafen som forklarer Arbeiderpartiets katastrofevalg, in: Dagbladet vom 13. September 2017.

des Erdölfonds – und konnte sich so mit einer expansiven Politik als ökonomische Krisenmanagerin profilieren.

Die Flüchtlingskrise erreichte 2015 auch Norwegen. Einerseits gelangten Flüchtlinge über Dänemark und Schweden nach Norwegen. Im Herbst 2015, nachdem Schweden die Einreise für Flüchtlinge von Dänemark blockierte, wichen viele Flüchtlinge andererseits auf den langen und beschwerlichen Landweg über Russland aus, der bis hin zum einzigen Grenzübergang Norwegens zu Russland, Storskog-Boris Gleb in der Nähe von Kirkenes, führte. Der dortige Grenzübertritt ist zu Fuß nicht erlaubt, und Autofahrern, die Flüchtlinge mitnehmen, drohen harte Strafen. Die Flüchtlinge gelangten letztlich in großer Zahl mit Fahrrädern über den Grenzübergang.<sup>28</sup> Im Jahr 2016 waren die meisten der über die Russland-Route eingereisten Flüchtlinge allerdings wieder nach Russland abgeschoben worden.<sup>29</sup>

Ähnlich wie in Deutschland herrschte zu Beginn der Flüchtlingskrise auch in Norwegen eine dezidierte Willkommenskultur. Als jedoch die dänischen und schwedischen Regierungen ihre Asylpolitik verschärfen und Grenzkontrollen einführen und als sich schließlich die Anzahl der Asylanträge im Jahr 2015 im Vergleich zu den Vorjahren auf 31.000 verdreifachte, schwenkte die Stimmung in der norwegischen Öffentlichkeit um. Mit Ausnahme der Linksozialisten und der Grünen Partei forderten im November 2015 alle Parteien des Parlaments von der Regierung Maßnahmen, die den Zustrom an Flüchtlingen beschränken und Norwegen nicht als begehrtes Ziel von Migrationsströmen erscheinen lassen sollten. Die Errichtung eines Ministeriums für Immigration und Integration im Dezember 2015 unter der Leitung von Sylvi Listhaug von der Fortschrittspartei wurde als konsequenter Schritt von den meisten Parteien begrüßt. Die Fortschrittspartei trat in dieser Phase zwar als sehr lautstarke Befürworterin einer eingeschränkten Migrationspolitik auf, aber sie war mit der grundsätzlichen Stoßrichtung einer Einschränkung der Migrations- und Asylpolitik nicht alleine.

Unmittelbar nach Dienstantritt im Dezember 2015 legte Sylvi Listhaug als neu berufene Ministerin für Immigration und Integration eine umfassende Liste mit Einschränkungen des Asylrechts vor. Es sollten Verschärfungen des Familiennachzuges durchgeführt werden, „unberechtigte“ Asylsuchende sollten verstärkt auch in die unmittelbaren Nachbarländer

---

<sup>28</sup> *Andrew Higgins*, *Avoiding Risky Seas, Migrants Reach Europe With an Arctic Bike Ride*, in: *The New York Times* vom 9. Oktober 2015.

<sup>29</sup> *Johannes Bergh* und *Rune Karlsen*, *Norway*, in: *European Journal of Political Research Political Data Yearbook* 56. Jg. (2017), S. 212. Zur statistischen Erfassung der jährlichen Abschiebungen vgl. die Daten der norwegischen Polizei: <https://www.politiet.no/aktuelt-tall-og-fakta/dokumenter/?aktivFane=tema&enhet=1234&tema=35> (Zugriff 22.02.2018).

abgeschoben werden und insgesamt die Einbürgerungsrichtlinien verschärft werden. Mit diesen Maßnahmen sollte Norwegen, so die Zielsetzung der Ministerin Listhaug, das restriktivste Flüchtlings- und Immigrationsregime in Europa bekommen.<sup>30</sup>

Die Kritik an diesem Gesetzesvorhaben kam von allen Oppositionsparteien, den beiden Unterstützungsparteien sowie einigen Behörden. Insgesamt wurde die harte Haltung kritisiert, weil damit auch Vorgaben der internationalen Flüchtlingskonvention verletzt würden. Während Ministerpräsidentin Erna Solberg mit der Opposition ein Kompromisspaket aushandeln wollte, drängte die Fortschrittspartei hingegen auf eine offene Diskussion der Vorlagen im Reichstag. Im Juni 2016 wurden die schärfsten Verschärfungen des norwegischen Asyl- und Immigrationsrechtes von der Opposition – also auch von den Unterstützungsparteien – zurückgewiesen. Die verbliebenen Reformen führten dennoch zu Einschränkungen des Asyl- und Migrationsrechtes. Axel West Pedersen schätzt mit dieser Reform das Asyl- und Immigrationsregime Norwegens als geringfügig freizügiger ein als in Dänemark oder Schweden.<sup>31</sup> Insofern scheiterte die Fortschrittspartei darin, die restriktivste Migrations- und Asylpolitik in Europa (oder Nordeuropa) umzusetzen, konnte aber einen wichtigen Etappensieg für ihre politischen Ziele erreichen.

Unmittelbar nach dieser parlamentarischen Niederlage legte die Regierung im Juli 2016 der Öffentlichkeit einen Gesetzesvorschlag zu den sozialpolitischen Rechten der Flüchtlingen vor. Insgesamt zielten die angestrebten vielfältigen Wartezeitregeln in der gesamten Breite norwegischer Sozialleistungen, von der Sozialhilfe über das Kindergeld bis hin zu Rentenzahlungen, darauf ab, eine Dualisierung des Sozialrechts nach Staatsbürgerstatus zu befördern („Wohlfahrtschauvinismus“) sowie Anreize für Flüchtlinge und Migranten zur Aufnahme von Arbeit zu verschärfen. Die Kritik an diesen Maßnahmen erfolgte erneut auf gesamter Breite der Opposition – inklusive der Unterstützungsparteien – und zahlreicher Verbände. Auch die norwegischen Kommunen äußerten Kritik, die Reform würde die Flüchtlinge und Migranten stärker von der Sozialhilfe abhängig machen, die wiederum von den Kommunen organisatorisch und finanziell getragen wird. Im April 2017 kam es schließlich erneut zu einer parlamentarischen Niederlage der Regierung, da die

---

<sup>30</sup> Axel West Pedersen, New legislation to reduce the inflow of asylum seekers in Norway, ESPN Flash Report 2016/38.

<sup>31</sup> Vgl. Axel West Pedersen a.a.O. (Fn. 30). Vgl. Insgesamt zur norwegischen und nordeuropäischen Asyl- und Immigrationspolitik Grete Brochmann, Migrants in the Scandinavian Welfare State. The emergence of a social policy problem, in: Nordic Journal of Migration Research 1. Jg. (2011), H. 1, S. 13-24 sowie Grete Brochmann und Anniken Hagelund, Migrationspolitik in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten, in: Bernd Henningsen, Sven Jochem und Siegfried Frech (Hg.), a.a.O. (Fn. 9), S. 173-198.

Unterstützungsparteien mit den rot-grünen Oppositionsparteien stimmten. In der Konsequenz wurden so Versuche weitgehend abgewehrt, im norwegischen Sozialrecht einen Dualismus, einen „welfare chauvinism“ einzuführen, wie dies in Dänemark weit vorangeschritten ist.<sup>32</sup> Diese parlamentarische Niederlage war keineswegs selbstverständlich, da die Bevölkerung Norwegens einen Wohlfahrtschauvinismus in gleichem Ausmaße befürwortet wie die dänische Bevölkerung.<sup>33</sup> Das Scheitern dieser Pläne kann vor allem auf die entscheidende Rolle der beiden Unterstützungsparteien zurückgeführt werden, die in diesem Bereich radikal einschränkende Maßnahmen der Fortschrittspartei weitgehend verhinderten.

Die Regierungsbilanz der Fortschrittspartei ist ambivalent. Auf der einen Seite stehen die Misserfolge vor allem in den Themenbereichen, die stark im Wahlkampf von der Partei betont wurden. So konnten viele symbolträchtige Ziele nicht erreicht werden, z.B. die Lockerung des Alkoholhandels oder die Abschaffung von Mautstationen auf norwegischen Straßen. Andererseits konnte sich die Fortschrittspartei in der ökonomischen Krisenpolitik im Zusammenhang mit der Erdölpreiskrise profilieren und im zentralen Politikfeld der Migrations- und Asylpolitik wichtige Reformen durchsetzen, die gleichwohl hinter ihren selbst gesteckten Erwartungen zurück blieben. Die Abmilderung der radikal-nationalistischen Politikziele ist keineswegs einem Lernprozess der Fortschrittspartei zuzuschreiben. Vielmehr konnten die pivotalen Parteien der Mitte, die Christdemokraten und die Liberale Venstre, einen weitergehenden Politikwandel im norwegischen Minderheitsparlamentarismus verhindern. Die FrP zeigte ihrerseits, dass ihr nach Jahrzehnten in der Opposition das „office-seeking“ so wichtig ist, dass sie bereitwillig programmatische Kernbestandteile – auch trotz lautstarker innerparteilicher Kritik – aufgab. Dies war eine Strategie, die der Fortschrittspartei einen guten Start in den Wahlkampf und letztlich einen Wahlerfolg bei der Reichstagswahl 2017 ermöglichte.

---

<sup>32</sup> Axel West Pedersen, Norway: Government proposal to curtail the social security rights of migrants rejected by Parliament, ESPN Flash Report 2017/57.

<sup>33</sup> Vgl. die Analysen von Umfrageergebnissen in Ann-Helèn Bay, Henning Finseraas und Axel West Pedersen a.a.O( Fn. 7). Gleichwohl kann auch gezeigt werden, dass die Einstellung der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen im Besonderen und Migration im Allgemeinen immer permissiver wird, je mehr Flüchtlinge und Migranten nach Norwegen kommen; dies wäre als Beleg einer Kontakt-These zu lesen, derzufolge die Einstellung gegenüber Fremden dann positiver werde, wenn die Bevölkerung alltäglichen Kontakt zu Fremden habe. Vgl. Ottar Hellevik und Tale Hellevik, Utviklingen i synet på innvandrere og innvandring in Norge, in: Tidsskrift for samfunnsforskning, 58. Jg. (2017), S. 250-283.

### 2.3 Wahlkampf und Regierungsbildung

Der Wahlkampf 2017 verlief unaufgeregt. Früh wurde in den Umfragen deutlich, dass die Arbeiterpartei an Unterstützung einbüßen würde. Während die AP in Umfragen im Winter 2014 noch über 40 Prozent der Wählerstimmen erreichte, sanken diese Werte stetig. Vor allem mit der wirtschaftlichen Erholung ab Frühling 2016 näherten sich die Umfragewerte der für die Arbeiterpartei kritischen 30-Prozent-Marke an. Spiegelbildlich konnte die Konservative Partei in der Wählergunst zulegen, und auch die Fortschrittspartei stabilisierte sich erneut nahe der 15-Prozent-Marke.<sup>34</sup> Insofern deuteten die Umfragen ein für beide Koalitionsparteien gutes Ergebnis an. Kritisch war jedoch das Abschneiden der Unterstützungsparteien, die beide in den Umfragen bis kurz vor der Wahl nahe an bzw. nahe unter der für die Zuteilung von Ausgleichsmandaten in Norwegen wichtigen 4-Prozent-Hürde verortet wurden. Das norwegische Wahlrecht bevorzugt die ländlichen Regionen im Norden des Landes und bestraft kleine Parteien, die unter ca. 4 Prozent der Stimmen landesweit erreichen, weil erst ab dieser Grenze 19 Ausgleichsmandate aus den norwegischen Provinzen (Fylker) an die Parteien verteilt werden.<sup>35</sup>

Für die Wahlentscheidung bedeutsam war sehr vielen Wählern die Einwanderungs-, Migrations- und Asylpolitik. Das Thema Einwanderung wurde als wichtigstes Thema des Wahlkampfes 2017 in Umfragen genannt, gefolgt von Steuern, Bildung, Umwelt und Beschäftigung. Während 2013 lediglich 12 Prozent aller Wähler dieses Thema als das wichtigste Thema einstufen, stieg der Wert 2017 auf 28 Prozent. Zumindest die öffentliche Meinung war – trotz ambivalenter Regierungsbilanz – förderlich für einen Wahlerfolg der Fortschrittspartei, denn insgesamt 35 Prozent aller Wähler sprachen im Wahlkampf der FrP auf diesem Politikfeld die größten Kompetenzen zu.<sup>36</sup>

Die Reichstagswahl zeigte letztlich keine Überraschungen (vgl. Tabelle 1). Für die blau-blaue Koalition bedeutsam war jedoch, dass beide Unterstützungsparteien über 4 Prozent erreichten und somit von Ausgleichsmandaten profitieren konnten. Dies erklärt auch den Umstand, dass die Christdemokraten mit 4,2 Prozent der Stimmen acht Sitze erhalten, die Grüne Partei mit 3,2 Prozent der Stimmen lediglich einen Sitz. Insgesamt entfielen durch diese Verzerrung

---

<sup>34</sup> Vgl. die Auflistung der norwegischen Umfragen a.a.O. (Fn. 17).

<sup>35</sup> Vgl. zum norwegischen Wahlrecht im Besonderen und zur norwegischen Demokratie nach 1990 im Allgemeinen: *Sven Jochem*, Norwegen, in: *Arthur Benz und Hans-Joachim Lauth* (Hg.), *Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte im 20. und 21. Jahrhundert. Institutionen und Rechtspraxis im gesellschaftlichen Wandel*, Band 5: seit 1989, Bonn 2018 (i.E.).

<sup>36</sup> Vgl. die Wahlanalyse der norwegischen Statistikbehörde SSB (<https://www.ssb.no/valg/artikler-og-publikasjoner/droyt-1-av-4-tenkte-pa-innvandring-da-de-stemte>, Zugriff 10. Januar 2018).

landesweit mehr Stimmen auf die rot-grüne Opposition, die bürgerlichen Parteien konnten jedoch mehr Sitze erringen. Damit sicherte sich die blau-blaue Koalition mit ihren Unterstützungsparteien mit vier Sitzen Vorsprung knapp die Mehrheit im Reichstag. Die Arbeiterpartei sackte unter die für sie kritische 30-Prozent-Marke ab und ist nur noch knapp stärkste Fraktion im Reichstag. Eindeutige Gewinnerin der Wahl ist die Zentrumspar­tei, die von der umstrittenen Kommunalreform profitieren und ihren Stimmen- und Sitzanteil deutlich ausbauen konnte.

**Tabelle 1: Parlamentswahlergebnisse 2017 und 2013**

	2017		2013	
	Stimmen (%)	Sitze	Stimmen (%)	Sitze
AP	27,4	49	30,8	55
H	25,0	45	26,8	48
FrP	15,2	27	16,3	29
SP	10,3	19	5,5	10
SV	6,0	11	4,1	7
V	4,4	8	5,2	9
KrF	4,2	8	5,6	10
MDG	3,2	1	2,8	1
R	2,4	1	1,1	--
Übrige (total)	1,9	--	1,8	--
Wahlbeteiligung	78,2 %		78,2 %	

Anmerkungen: Die Gesamtzahl der Sitze im norwegischen Parlament beträgt 169. Regierung (2017): H = Høyre (Rechtspartei), FrP = Fremskrittspartiet (Fortschrittspartei), V = Venstre (Liberaler Partei); Unterstützungspartei: KrF = Kristelig Folkeparti (Christliche Volkspartei). Opposition: AP = Arbeiderpartiet (Sozialdemokratische Arbeiterpartei), SP = Senterpartiet (Zentrumspartei), SV = Sosialistisk Venstreparti (Sozialistische Linkspartei), MDG = Miljøpartiet De Grønne (Umwertpartei Die Grünen), R = Rødt (Rote Partei).  
Quellen: Norwegische Wahlbehörde (<https://www.valgresultat.no>), Zugriff 22.01.2018).

Die statistische Erfassung der Wählerwanderungen in Tabelle 2 zeigt, dass die Zentrumspar­tei bei ihrem Wahlerfolg vor allem von ehemaligen Wählern der Arbeiterpartei profitieren konnte. Die Fortschrittspartei hingegen wurde vor allem von ehemaligen Wählern der Konservativen Partei gestärkt; wohingegen die Konservative Partei ebenso wie die Christdemokraten kaum nennenswerte Zu­ströme von anderen Parteien zu verzeichnen haben.

Es ist beachtenswert, dass 39 Prozent der Wähler der Liberalen Partei von 2013 noch die Konservative Partei gewählt hatten. Hier kann nur vermutet werden, dass dieser große Anteil der Wechselwähler darauf zurückzuführen ist, dass der Liberalen Partei über die 4-Prozent-Hürde geholfen werden sollte. Über die programmatischen Blockgrenzen hinweg kommt es zu wenigen Wanderungsbewegungen in der norwegischen Wählerschaft. Im linken Lager profitieren alle kleinen Parteien von der Erosion der Arbeiterpartei.

**Tabelle 2: Wechselwähler von 2013 zu 2017 („Wo kamen die 2017-Wähler her?“, Angaben in %)**

Parteien 2013	Parteien 2017											
	Total	Rot	SV	AP	V	KrF	SP	H	FrP	MDG	Andere	Nichtwähler
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Rot	1,2	35	1	0	0	0	1	1	0	0	0	1
SV	5,5	20	<b>47</b>	4	1	0	2	0	1	7	2	2
AP	29,4	18	30	<b>80</b>	1	3	23	7	3	23	27	22
V	7,1	2	8	5	<b>53</b>	1	8	3	1	23	0	3
KrF	4,8	2	1	1	2	<b>79</b>	5	2	3	0	2	1
SP	4,6	2	0	1	0	0	<b>43</b>	0	1	1	0	3
H	27,7	3	4	4	39	6	8	<b>77</b>	22	9	22	20
FrP	10,1	0	1	1	1	0	3	7	<b>66</b>	0	20	9
MDG	2,6	7	5	1	1	0	4	0	1	<b>28</b>	4	0
Andere	0,9	3	0	0	0	4	1	1	1	1	<b>10</b>	1
Nichtwähler	6,2	8	4	4	2	8	4	3	2	7	12	<b>39</b>
n	2026	60	143	499	93	80	190	506	207	82	49	117

Anmerkungen: Die Abkürzungen der Parteien sind in Tabelle 1 erläutert.

Quelle: Bernt Aardal und Johannes Bergh, Velgervandringer 2013-2017. Foreløpige resultater

([http://www.aardal.info/wp-content/uploads/2018/01/Velgervandringer\\_2017.pdf](http://www.aardal.info/wp-content/uploads/2018/01/Velgervandringer_2017.pdf), vgl. auch die Darstellungen der Wählerwanderungen durch die Statistikbehörde Norwegens: <https://www.ssb.no/valg/artikler-og-publikasjoner/venstres-velgere-minst-lojale>, Zugriff 05.02.2018).

Noch während der Sondierungsgespräche zwischen der Konservativen Partei sowie der Fortschrittspartei auf der einen Seite und den Unterstützungsparteien, der Liberalen Partei und der Christdemokraten, auf der anderen Seite, einigte sich die im Amt gebliebene blau-blaue

Minderheitsregierung mit ihren Unterstützungsparteien Ende November 2017 auf das Budget für 2018. Darin wurden vor allem sozial- und bildungspolitische Expansionen anvisiert sowie die Ankurbelung der norwegischen Wirtschaft durch Steuersenkungen und Abgabenreduzierungen forciert.<sup>37</sup> Gleichzeitig werden Mittel für einen deutlichen Ausbau der norwegischen Sicherheitskräfte (Polizei sowie Militär) in den Haushalt eingestellt sowie sehr vag eine Entbürokratisierung des öffentlichen Lebens in Aussicht gestellt.

Nach langwierigen Sondierungsgesprächen unterzeichneten am 16. Januar 2018 die Konservative Partei, die Fortschrittspartei sowie die Liberale Partei (Venstre) einen Koalitionsvertrag (Jeløya-plattformen). Die Christdemokraten konnten sich nicht zu einer Regierungsbeteiligung durchringen. Eine Besonderheit der neuen Regierung ist, dass sie offiziell nicht als neue Regierung gezählt wird. Die Regierung Solberg I wurde rechtlich betrachtet nicht beendet, sie wurde lediglich durch die Liberale Partei erweitert. Dieses Verfahren wurde 1983 erstmals in der norwegischen Nachkriegsgeschichte angewandt; aus diesem Grund regiert in den offiziellen Dokumenten weiterhin die Regierung Solberg I, die bereits 2013 gebildet wurde.<sup>38</sup>

Erstmals in der norwegischen Geschichte Norwegens besteht eine Koalition aus drei Parteien, die alle von Frauen geführt werden. Das Ziel der Koalition wurde von der Ministerpräsidentin Erna Solberg auf eine simple Formel gebracht: „Ziel müsse sein, dass Norwegen das weltbeste Land zum Leben werde“.<sup>39</sup> Die Fortschrittspartei setzte eine weitere Verschärfung der Einwanderungspolitik sowie ein Burka-Verbot im Koalitionsvertrag durch. Die Liberale Venstre konnte vor allem ihre ökologische Handschrift im Koalitionsvertrag sichtbar machen, da ein Verzicht der Ölförderung auf den Lofoten und in Vesterålen festgeschrieben und schärfere Luftreinhaltungsmaßnahmen angekündigt werden.

Die Fortschrittspartei konnte das Wagnis der Regierungsverantwortung erfolgreich meistern. Zwar scheiterte sie an vielen ihrer hoch gesteckten Ziele, aber sie konnte sich als Krisenmanagerin im Bereich der Finanz- und Haushaltspolitik sowie im Bereich der Migrationspolitik erfolgreich profilieren. Ihre weitreichenden Politikziele wurden im norwegischen Minderheitsparlamentarismus von den Unterstützungsparteien – vor allem den Christdemokraten – abgeblockt oder abgemildert, ohne dass die Partei an ihren programmatischen Zielen nennenswerte Korrekturen durchführte.

---

<sup>37</sup> Det Kongelige Finansdepartement, The National Budget 2018. A Summary, Oslo 2018.

<sup>38</sup> Regjeringen, Utvidelse av regjeringen – ikke ny regjering (<<https://www.regjeringen.no/no/aktuelt/utvidelse-av-regjeringen-ikke-ny-regjering/id2585698/>, Zugriff 08.02.2018).

<sup>39</sup> Zitiert nach NZZ v. 14.01.18, Norwegen hat eine neue bürgerlich-konservative Regierung.

### 3 Potenziale, Grenzen und Konsequenzen radikal-nationalistischer Regierungsbeteiligung im norwegischen Minderheitsparlamentarismus

Radikal-nationalistische Bewegungen und Parteien fordern nicht nur liberale Demokratien heraus, sie sind auch eine Herausforderung für den wohlfahrtsstaatlichen Status quo. Die norwegische Fallstudie zeigt, dass eine radikal-nationalistische Regierungspartei durchaus erfolgreich in der Lage sein kann, mit ihrer Programmatik den Status quo zu verschieben und andere (bürgerliche) Parteien programmatisch „anzustecken“.<sup>40</sup> Allerdings wird auch deutlich, dass dieses Potenzial radikal-nationalistischen Regierens durch den Minderheitsparlamentarismus und die entscheidende Position der Unterstützungsparteien beschränkt wird. Somit ist die Einschränkung radikal-nationalistischer Regierungsziele kaum einem erfahrungsgesättigten Lernprozess der FrP zuzuschreiben, sondern vielmehr den institutionellen und strategischen Anforderungen des Regierens im norwegischen Minderheitsparlamentarismus.<sup>41</sup> Letztlich war der Wahlerfolg der Fortschrittspartei von strategischen Zielen der bürgerlichen Parteien abhängig, die unisono ein Ziel eint: die Vermeidung einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung.

Die Fortschrittspartei geht gestärkt aus dieser ersten Legislaturperiode mit Regierungsverantwortung hervor. Sie konnte unter Beweis stellen, dass sie rasch, pragmatisch und ohne interne Abspaltungsprozesse vom „policy- und vote-seeking“ ihrer Oppositionszeit zum „office-seeking“ umgeschwenkt ist. Die Fortschrittspartei ist damit nicht nur gekommen, um im Parlament zu bleiben; sie ist auch gekommen, um zu regieren. Auch in der Legislaturperiode von 2017 bis 2021 wird die FrP Kompromisse eingehen müssen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Christdemokraten als Unterstützungspartei eine weitere Zuspitzung radikal-nationalistischer Politik mittragen werden.

Zumindest erste Schritte hin zu einem Wohlfahrtschauvinismus und zu einer deutlichen Einschränkung der Asyl- und Migrationspolitik konnte die Fortschrittspartei durchsetzen. Vor dem Hintergrund einer eher libertären Programmatik in Wirtschaftsfragen erfolgte eine kontraintuitive Politik kontrazyklischen Regierens, das durch das angesparte Kapital des

---

<sup>40</sup> Im Gegensatz zu den Wahren Finnen, die an dieser Herausforderung scheiterten und eine Spaltung der Partei hinnehmen mussten. Vgl. für Nordeuropa: *Ann-Cathrine Jungar* a.a.O. (Fn. 2) sowie *Sven Jochem* 2018 a.a.O (Fn. 6).

<sup>41</sup> Insofern argumentiere ich gegen eine säkulare Zähmungsthese radikal-nationalistischer Parteien in Regierungsverantwortung, wie sie von *Michael Minkenber*g a.a.O. (Fn. 6) oder *Tjitske Akkerman* a.a.O. (Fn. 6) vertreten werden und folge der Argumentation von *Jan-Werner Müller* a.a.O. (Fn. 1). Radikal-nationalistische Parteien machen einen Unterschied und unterminieren die pluralistische Demokratie und den universalistischen Wohlfahrtsstaat. In wohlfahrtsstaatlicher Perspektive widerspricht die norwegische Fallstudie den Thesen von *Jeroen Van Der Waal*, *Willem De Koster* und *Wim Van Oorschoot* a.a.O. (Fn. 8).

Erdölfonds ermöglicht wurde. Radikal-nationalistisches Regieren fällt leichter, wenn nur wenige Austeritäts- und Sparnotwendigkeiten existieren. Zudem konnte die Fortschrittspartei die Potenziale des norwegischen Minderheitsparlamentarismus für sich nutzen, da sie ihre weitreichenden Reformziele verkündete und durch eine Strategie der „blame avoidance“ bzw. des „blame shiftings“ die Schuld für gescheiterte Reformen den Unterstützungsparteien (oder der Opposition allgemein) zusprechen konnte. Damit waren Christdemokraten und Liberale Venstre zwar die pivotalen Parteien bei der Reformpolitik, aber die Fortschrittspartei konnte ihnen geschickt die Verantwortung für gescheiterte Reformen aufbürden und somit für sich strategisch geschickt die „blame-avoidance“-Potenziale des Minderheitenparlamentarismus auf Kosten der kleinen Unterstützungsparteien nutzen.